

Nr. 19/01 vom 21.01.2019

Arbeitskreis „Zukunftsenergien“

## **Kosten des Klimaschutzes – Was bedeuten steigende CO<sub>2</sub>-Preise für die energieintensiven Industrien?**

Berlin. Der drastische Anstieg der CO<sub>2</sub>-Zertifikatepreise im EU-Emissionshandel belastet zunehmend gerade die energieintensiven Industrien in Deutschland. Vor diesem Hintergrund wurde im Rahmen des Arbeitskreises „Zukunftsenergien“ am 16. Januar 2019 darüber diskutiert, welche Auswirkungen die steigenden CO<sub>2</sub>-Preise haben und wie die Klimaschutzziele ohne Gefährdung der energieintensiven Industrien in Deutschland erreicht werden können.

Die Preisentwicklung zeige, dass der EU-Emissionshandel deutlich gestärkt aus der letzten Reform hervorgehe, erläuterte die Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Frau Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB, im Rahmen ihres Impulsvortrags. Da die Preise sicher auch langfristig steigen würden, sei es für die energieintensiven Industrien wichtig, auf diese Entwicklung vorausschauend zu reagieren. Dabei böten etwa neue Produktionsverfahren die Chance, die CO<sub>2</sub>-Intensität langfristig zu verringern. Die hierfür notwendigen Investitionen erforderten einen hohen finanziellen Beitrag der Unternehmen, jedoch seien im nationalen Förderprogramm Dekarbonisierung und im EU Innovationsfonds hierfür ebenfalls öffentliche Fördermittel zur Unterstützung vorgesehen. Auch der Schutz vor Carbon Leakage sei bei der Reform des EU ETS berücksichtigt worden, denn es sei unbestreitbar, dass Deutschland ein Hochindustrieland sei und dies auch in Zukunft bleiben solle, so Schwarzelühr-Sutter.

Dem hielt Ulf Gehrckens, Senior Vice President Corporate Energy & Climate Affairs bei der Aurubis AG, entgegen, dass insbesondere die indirekten CO<sub>2</sub>-Kosten bereits beim aktuellen Preisniveau zu einer hohen Zusatzbelastung für die energieintensiven Industrien in Deutschland führten, der ihre internationalen Wettbewerber eben nicht unterlägen. Auch alle übrigen energiewendebedingten Kosten in Deutschland habe die internationale Konkurrenz nicht zu verkraften. Daher fordere er eine Begrenzung der artifiziellen Zusatzkosten auf Strom, die durch den CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel entstehen. Diese Begrenzung könne zugunsten seiner Branche nach dem Vorbild der EEG-Regelungen erfolgen. Gerade bei einem weiteren Preisanstieg sei ein langfristig wirksamer Carbon Leakage Schutz jedoch nur durch einen ausgeweiteten „Super-Cap“ erreichbar, so Gehrckens.

Senior Policy Advisor beim Think Tank E3G, Pieter de Pous, betonte gleichzeitig die Chancen und die Notwendigkeit einer Transformation hin zu einer CO<sub>2</sub>-neutralen Wirtschaft. So sehe beispielsweise auch der 13. Fünfjahresplan Chinas eine deutliche Beschleunigung der Investitionen in eine CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft vor. Insgesamt forderte De Pous eine aktive Industriepolitik mit ambitionierten 2030-Klimazielen, damit wirtschaftliches Wachstum auch zukünftig gesichert werde.

Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D, Abteilungsleiter Klimapolitik im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), hob hervor, dass der aktuelle Carbon Leakage Schutz mit einer alleinigen, kostenlosen Allokation der Zertifikate das CO<sub>2</sub>-Preissignal schwäche. Daher plädiere er für eine Einbeziehung des „Konsums“ in den Emissionshandel durch die Schaffung einer Konsumabgabe zusätzlich zur freien Zuteilung. Dieses Konzept schaffe langfristig Anreize zur Vermeidung CO<sub>2</sub>-intensiver Materialien, biete weiterhin Schutz vor Carbon Leakage, und das Preissignal wirke

entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Es sei in Korea und China bereits etabliert und könne ebenfalls in die EU ETS-Richtlinie integriert werden. Zudem sei es durch den konsumbasierten Ansatz mit dem Welthandelsrecht gut vereinbar.

Auf dem Podium debattierten Mark Helfrich, MdB (CDU/CSU), Klaus Ernst, MdB (DIE LINKE) und Dr. Ingrid Nestle, MdB (Bündnis 90/Die Grünen) unter Moderation von Dr. Frank-Michael Baumann, Geschäftsführer der EnergieAgentur.NRW sowie Vorsitzender des Arbeitskreises „Zukunftsenergien“. Derzeit gebe es keine konkreten Pläne bzgl. der Einführung eines „Super-Caps“, so Helfrich. Allerdings plädiere er dafür, die Instrumente mit dem Ziel des Schutzes der Industrien auch an veränderte Gegebenheiten anzupassen. Es bestehe kein Interesse daran, die energieintensiven Industrien aus Deutschland zu verdrängen. Eine weltweit einheitliche CO<sub>2</sub>-Bepreisung sei grundsätzlich zwar ein erstrebenswertes Ziel, eine baldige Realisierung sei allerdings unwahrscheinlich. Zudem sprach er sich für das Einbeziehen von Alternativen zur Dekarbonisierung, wie z.B. E-Fuels, aus. Mit Blick auf einen weltweiten CO<sub>2</sub>-Preis erläuterte Ernst, dass es ein negatives Signal wäre, wenn die technologisch stärksten Länder beim Klimaschutz ihr Engagement reduzierten. Vielmehr müsse die EU mit gutem Beispiel vorangehen, um das wünschenswerte Ziel eines globalen CO<sub>2</sub>-Preises zu erreichen. Die derzeitige Preisentwicklung im EU ETS begrüßte er, gab aber ebenfalls zu bedenken, dass diese sich fortsetzen müsse, um eine wirkliche Lenkungswirkung zu erzielen. Die konkrete Gefahr einer Abwanderung von Industrien sehe er derzeit nicht, halte es aber dennoch für notwendig, bestimmten Unternehmen Ausnahmen zu gewähren, um ein entsprechendes Risiko nicht steigen zu lassen. Dieser Einschätzung schloss sich Dr. Nestle an. So sei ihrer Meinung nach das Risiko einer Abwanderung von energieintensiven Industrien weit geringer als derzeit von der Branche dargestellt. Dem Konzept der Konsumabgabe könne sie einiges abgewinnen, jedoch sei es eventuell zu komplex, um es im politischen Diskurs durchsetzen zu können. Insgesamt zeigte sie sich erfreut, dass Klimaschutz als gemeinsames Ziel in der Debatte angekommen sei und der EU ETS sich zu einem geeigneten Instrument entwickelt habe. Auch sie befürwortete eine global einheitliche CO<sub>2</sub>-Bepreisung, monierte jedoch mangelndes Handeln bei den Akteuren.

Den Wortlaut der Rede von Frau Parlamentarische Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB, können Sie [hier](#) einsehen.

Die Präsentationen stehen in Kürze für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien e.V. auf der Website (Presse/Publikationen) zum Download bereit. Sollten Sie persönlich oder Ihr Unternehmen / Ihre Institution Mitglied im Forum für Zukunftsenergien sein und noch keine Zugangsdaten haben, senden Sie bitte eine E-Mail an: [info@zukunftsenergien.de](mailto:info@zukunftsenergien.de).

Wir danken der Deutsche Bank AG für die Unterstützung.

### **Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.**

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

#### **Kontakt:**

Forum für Zukunftsenergien e.V.  
Reinhardtstr. 3  
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0  
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9  
[www.zukunftsenergien.de](http://www.zukunftsenergien.de)  
Twitter @FfZeV